

# «Hemmungen sind unangebracht!»

**Terrorismus** Die vom RAF-Terror herbeigeführte Staatskrise in Deutschland hat vor 40 Jahren auch die Schweizer Behörden intensiv beschäftigt. Bisher unbekannte Dokumente fördern aus heutiger Sicht auch Skurriles zu Tage.

Auch in der Schweiz befürchteten die Behörden vor vier Jahrzehnten Anschläge und Entführungen, wie sie in Deutschland im Herbst 1977 in der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer gipfelten. Eindrücke vermittelt ein Dossier, das die Forschungsstelle Dodis der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften aus dem Bundesarchiv zusammengestellt hat.

«Was können wir, was kann jeder Einzelne von uns gegen Gewalt- und Terrorakte tun?», schrieb im März 1977 der damalige Bundesanwalt Rudolf Gerber in einer Orientierungsschrift für das Kaderpersonal der Bundesverwaltung. Und fügte hinzu: «Leider ist der Angreifer fast immer im Vorteil.» Der von Gerber

präsierte Sicherheitsausschuss der Bundesverwaltung beschreibt in der zehnteiligen Schrift das aktuelle Bedrohungsbild und gibt Ratschläge, wie die Kaderleute des Bundes zur allgemeinen und zur persönlichen Sicherheit beitragen können.

## Ein Seitenhieb auf die Pressefreiheit

Einiges davon mutet zumindest aus heutiger Sicht eher seltsam an. Der Sicherheitsausschuss nennt die drei Bedrohungsformen Terroranschläge, Sabotage und Spionage. Letztere sei wohl am schwersten zu veranschaulichen, deshalb aber nicht weniger gefährlich. Gerade die Verwaltung mit ihrer Konzentration an Informationen bilde ein bevorzugtes Zielobjekt der Spionage. «Mit Argusaugen werden

Schwachstellen gesucht. Geltungssucht, Naivität, Erotik, finanzielle Bedrängnis, Alkohol- und Drogenabhängigkeit u. a. m. bilden die Angriffsflächen», heisst es in der Broschüre. Und weiter: «Sehr viel, unserer Ansicht nach zu viel an Informationen können sich diese Dienste bereits aus der Presse beschaffen.»

Die Sensibilisierung für die Spionage dürfte insofern nicht zufällig gewesen sein, als 1977 der Fall des ehemaligen Brigadiers Jean-Louis Jeanmaire vor Gericht kam. Der als «Jahrhundertspion» bezeichnete Offizier wurde wegen Landesverrats zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bewusstes und aufmerksames Beobachten ist eines der Rezepte, die den Kaderleuten des Bundes empfohlen wurde. So seien unbekannte Personen, die sich ohne

Begleitung in einem Bereich aufhielten, in den sie normalerweise nicht hingehörten, höflich, aber bestimmt nach dem Grund ihrer Anwesenheit zu befragen. Und unterstrichen steht dazu: «Hemmungen sind unangebracht!»

Schon ein Jahr zuvor, im März 1976, erliess die Bundespolizei für Führungskräfte im Bundesdienst und in der Armee ein Brevier mit «Grundsätzen des Eigenschutzes gegen Entführungen und Attentate». Darin wurde vor der Mentalität und den Tatmitteln der Terroristen anarchistischer Prägung gewarnt. «Sehr oft handelt es sich um gutgeschulte, geistig rege Leute aus intellektuellem Milieu, was in den wohl-durchdachten, von langer Hand vorbereiteten Aktionen zum Ausdruck kommt», heisst es in der Schrift. Um solchen Tätern keine

Angriffsflächen zu bieten, wurde den Führungskräften eine Reihe von Verhaltensregeln nahegelegt. Unter anderem: «Vermeiden Sie zu grosse Publizität und gehen Sie nach Möglichkeit Pressefotografen aus dem Weg.»

Einem in der Dodis-Datenbank zugänglichen Dokument vom Juni 1972 ist übrigens zu entnehmen, dass der damalige Schweizer Botschafter in Berlin, Hans Lacher, mit einer Entführungsdrohung durch die RAF konfrontiert war. Und zwar will ein Insasse des Kölner Gefängnisses, in dem damals Andreas Baader und Ulrike Meinhof inhaftiert waren, mitbekommen haben, dass RAF-Mitglieder die Geiselnahme von Botschaftern als Mittel zur Freipressung der Bandenchefs erwähnten. Es sei vom schweizerischen und vom

spanischen Botschafter in der Bundesrepublik die Rede gewesen. Am 16. Juni 1972 wurde deshalb die permanente Bewachung Lachers durch ein deutsches Polizeifahrzeug mit zwei oder mehreren Beamten für rund zehn Tage angeordnet.

Jahre später, nach der Verhaftung von ehemaligen RAF-Terroristen im Juni 1990 in der DDR, war auch von Plänen der RAF die Rede, den Schweizer Industriellen Dieter Bührle zu entführen. Und zwar soll dies Anfang der 1980er-Jahre erwogen worden sein. Diese Information, die «Der Spiegel» verbreitete, liess sich aber nie verifizieren.

**Balz Bruppacher**

**Hinweis**

[www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)